

II-1894 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5815/18

1993-12-15

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lukesch, Dr. Lackner, Dr. Keimel,
Regina Heiß, Dr. Puttinger
und Kollegen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Ferienzeitregelung.

Am Donnerstag, den 17. September 1992, fand im Parlament eine parlamentarische Enquête zum Thema "Überlegungen zur Neuregelung der Schulferien" statt. Dabei sprachen sich Pädagogen, Eltern und Schüler für eine Neuregelung der Ferienordnung aus, damit jedes Bundesland bei Bedarf vom Ende der Sommerferien eine Woche abtrennen kann. Diese Woche sollte von dem jeweiligen Bundesland für Herbstferien - der günstigste Zeitraum wäre 26. Oktober bis 2. November - verwendet werden können. Da die letzte Oktoberwoche zwei Feiertage beinhaltet, könnten bei der Vergabe einer freien Ferienwoche zu diesem Zeitpunkt zwei Ferientage den Schulen vor Ort zur eigenständigen Festlegung überlassen werden. Damit könnte eine standorts- und regional-spezifische Ferienregelung ermöglicht werden.

Alle darüberhinausgehenden Schritte würden gegen den Willen der Schulpartner und der Bevölkerung zielen, da man berücksichtigen muß, daß 70 % der österreichischen Bevölkerung keine Änderung der bestehenden Ferienordnung wünscht. Allerdings wünschen sich einige Bundesländer, wie etwa Vorarlberg, Tirol und Salzburg, Herbstferien. Diesbezüglich sollte man regionale Rücksichtnahme üben.

Eine bundesweite Festlegung von Herbstferien lehnen die unterfertigten Abgeordneten ab. Der Vorschlag, den Bundesländern die Festsetzung einer freien Schulferienwoche zu überlassen, ist im Sinne des Föderalismus.

-2-

Bei jeder Änderung der Schulzeiten müssen in erster Linie pädagogische und familienpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Eine Vermehrung der Ferientage sollte es nicht geben, da von 52 Wochen lediglich 28 Wochen reine Unterrichtswochen sind, womit Österreich im Spitzensfeld Europas liegt. Das Ausmaß der jährlichen Schulferien soll daher gleichbleiben. Die Länge der Weihnachts- und Osterferien soll unverändert bleiben.

Da die parlamentarische Enquête "Überlegungen zur Neuregelung der Schulferien" mehr als ein Jahr zurückliegt und von Seiten des Bundesministers für Unterricht und Kunst keinerlei Aktivitäten in die beschriebene Richtung gesetzt wurden, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e:

- 1) In welcher Form wurden die Ergebnisse der parlamentarischen Enquête, die auch in einem Stenographischen Protokoll dokumentiert sind, aufgearbeitet?
- 2) Arbeitet Ihr Ministerium an einem entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung der bestehenden Ferienzeitregelung?
- 3) Wenn nein bei Frage 1) und 2), warum haben Sie im vergangenen Jahr keine den Ergebnissen entsprechenden Vorlagen erarbeitet?
- 4) Wollen Sie - obwohl 83 % der Betroffenen die 6-Tage-Woche wünschen - weiterhin die 5-Tage-Woche an allen Schulen einführen?